

Auswertung des Aktiventreffens mit Senatorin Carola Blum vom 21.04.2010

Die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS) gratulierte zu Beginn der Veranstaltung Carola von Braun sehr herzlich zu ihrer hohen Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz. Frau Blum betonte das wichtige Engagement der Überparteilichen für die Durchsetzung feministischer Forderungen und bekundete die Bereitschaft ihrer Verwaltung zur weiteren Unterstützung für die nächsten Vorhaben der Überparteilichen.

Die anschließende Debatte fand in einer konstruktiven, aufgeschlossenen und freundlichen Atmosphäre statt.

Eingangs sehr persönlich befragt, wie sich ihre berufliche und politische Entwicklung und die Alleinerziehung zweier Kinder auf ihre heutige Aufgabe als Senatorin mit einem Team von 95% Frauen auswirke und ob sie Erfahrungen mit Ausgrenzungen gemacht habe, die sie als Integrationsssenatorin berücksichtige, antwortete die Senatorin ebenso sehr persönlich. 1989 geführte Debatten, vor allem mit Frauen des Unabhängigen Frauenverbandes, kurzzeitige Arbeitslosigkeit 1990, eine umfassende Ausbildung und die sorgenfreie Betreuung der Kinder in einer KITA, haben sie für die Probleme der Frauen sensibilisiert.

Ausgrenzung habe sie erlebt und das hätte ihr gezeigt, wie wichtig die gezielte Förderung von Frauen sei. Deshalb ermutige sie Frauen immer wieder, sich auf neue Aufgaben, auch im Leitungsbereich, einzulassen.

Karin Bergdoll von "Susi" ergänzte dies mit einem Erfahrungsbericht aus einer Tagung mit Migrantinnen zum Integrationsprozess, die unter der Fragestellung stand: "Was habe ich mit der Einheit Deutschlands gewonnen, was verloren". Viel sei von den Migrantinnen hierzu zu lernen.

Ausgehend von unseren Fragen zu Gender Mainstreaming (GM) und Gender Budgeting (GB) betonte Carola Blum, dass glücklicherweise die Zeiten vorbei seien, in denen die Frauenpolitik allein dem für Frauen zuständigen Ressort aufgebürdet wurde. Jedes Haus sei in allen seinen Ressortbereichen gefordert, die Aspekte der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern konsequent zu berücksichtigen. Eine Zielsetzung, der sie sich ausdrücklich verpflichtet fühle.

2003 hatte der Senat beschlossen, Gender Mainstreaming (GM) zu einer Leitschnur des Verwaltungshandelns in Berlin zu machen. Der Weg führte über eine Reihe wichtiger Pilotvorhaben und Modellprojekte. Sie gab ihrer Überzeugung Ausdruck, dass es zwischenzeitlich aber geschafft wurde, GM als Regelaufgabe zu etablieren.

So findet bei allen Senatsvorlagen der SenIAS eine Vorprüfung auf Genderrelevanz statt. Das gilt ausnahmslos für alle Vorhaben des Ressorts: von der Benennung des **Landesbeirates für Menschen mit Behinderung** - und der hierbei zu beachtenden geschlechterparitätischen Besetzung des Gremiums - über die **unterstützenden Maßnahmen zur Berufsausbildung** - bei denen jetzt erstmals auch die Förderung von Alleinerziehenden aufgenommen wurde - bis hin zur **Pflegeversicherungs-Schiedsstellen-Verordnung**, die an die Erfordernisse einer geschlechtergerechten Sprache angepasst und konsequent überarbeitet werden musste.

Um genderpolitische Aspekte frühzeitig und in der Gesamtbreite des Ressorts einzubringen, hat der Gender-Budgeting Prozess in den letzten zwei Jahren deutlich an Bedeutung zugenommen. 70 % des Ausgabenvolumens der SenIAS wird inzwischen geschlechtsspezifisch aufgelistet, auch im Niedriglohnbereich. Die Daten machen deutlich, dass z.B. Männer in einem etwas stärkeren Maße (zu 56 %) die Leistungen des **Behandlungszentrum für Folteropfer e.V.** in Anspruch nehmen, dass die Tätigkeit einer **ehrenamtlichen Betreuer/in** zu zwei Dritteln von Frauen wahrgenommen werden und von den Maßnahmen im Rahmen des Öffentlichen Beschäftigungssektors (**ÖBS**) Arbeit suchende Männer und Frauen gleichermaßen profitieren.

Zweifellos tragen die vorgelegten Daten des SenIAS zur der gewünschten Transparenz in Bezug auf die geschlechterdifferenzierte Inanspruchnahme öffentlich geförderter Dienstleistungen und Angebote bei. Aber neben der quantitative Ausweitung der zu betrachtenden Titelbasis im Haushaltsplan, muss laut Senatorin zukünftig intensiver auf genderpolitische Handlungs- und Korrekturbedarfe hin analysiert werden. Da z.B. der Anteil von Frauen in Teilzeittätigkeiten viel höher als bei 50% liegt, sei auch die Budgetverteilung von 50% nicht Ziel fördernd.

Deshalb sei das **Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm wichtig**, um die Daten auf dem Hintergrund eines abgestimmten gleichstellungspolitischen Zielgerüsts zu bewerten.

Daten, Ziele, Gender Budgeting und Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm, müssen konsequenter als bisher aufeinander eingespielt sein. Eine gute Genderpolitik zeichne sich dadurch aus, dass sie frühzeitig in fachliche Schwerpunktsetzungen, Strategien und Grundlinien integriert wird.

Fördermaßnahmen im Bereich Arbeit und berufliche Bildung werden seit Jahren entsprechend dem jeweiligen geschlechtsspezifischen Anteil an den Arbeitslosen angestrebt. Dieses Vorgehen hätte auch in Gender-Mainstreaming Zeiten nichts an Bedeutung verloren. Angesichts des hohen Anteils von Frauen in Niedriglohnbereichen und prekären Beschäftigungsverhältnissen sind nach Ansicht der Senatorin auch die auf Durchsetzung eines **Mindestlohnes** zielenden Initiativen von zentraler, schlichtweg Existenz sichernder, Bedeutung für Frauen.

Ein anderes Beispiel: der Erhalt und die Förderung von Selbstbestimmung und Selbständigkeit pflege- und betreuungsbedürftiger Menschen ist ein gewichtiges sozialpolitisches Ziel. Mit dem **Wohnteilhabegesetz** wurden aus Sicht des Senats dafür wichtige Eckpfosten gesetzt und dabei u. a. auch das Recht auf die Betreuung durch Pflegekräfte des eigenen Geschlechts festgeschrieben. Ein frauenpolitischer Klassiker

Die Strategieansätze des Gender-Mainstreaming, aber auch die der interkulturellen Öffnung, eine Politik der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, eine Akzeptanz fördernde Politik in Bezug auf verschiedene sexuelle Orientierungen, eine als Querschnittsaufgabe angelegte Seniorenpolitik und eine aktive Antidiskriminierungsarbeit prägen nach Ansicht von Carola Bluhm die Berliner Landespolitik und die von SenIAS schon seit längerem.

Zum Thema **Altersdiskriminierung**, wovon besonders Frauen durch ihr höheres Alter betroffen sind, wurde betont, dass diese Frage deutlich an Bedeutung gewinnt. Auf **einstimmigen Beschluss** des Abgeordnetenhauses und unter Federführung der Antidiskriminierungsstelle wird derzeit eine umfassende Bestandsaufnahme erarbeitet, die sich auf die Altersgrenzen aller (1300) Berliner Rechtsvorschriften bezieht. Diese vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und antidiskriminierungsrechtlicher Vorgaben zu bewerten und Korrekturbedarfe zu identifizieren, ist ein notwendiges Vorhaben. Die ÜPFI wurde eingeladen, an diesem Prozess, der im Herbst nach Vorlage der Bestandsaufnahme erfolgen wird, teilzunehmen.

Des Weiteren folgten Fragen zur Kita- und Bildungspolitik. Die Senatorin betonte, dass in Gesprächen mit der Regionaldirektion erreicht wurde, dass berufsbegleitende Ausbildung bezahlt werden soll. Auch eine arbeitsbegleitende Qualifikation in Teilzeitarbeit sei möglich. Das wird z.B. für MitarbeiterInnen angestrebt, die eine artfremde Ausbildung haben, aber im Kitabereich eingesetzt werden wollen, wo überdurchschnittlich viele Betreuungskräfte fehlen. (s. Website SenSchul)

In diesem Zusammenhang nahmen die Anwesenden den Verweis der Senatorin zu einer aktuellen Studie über den Mangel an FacharbeiterInnen in der Region Berlin-Brandenburg zur Kenntnis. Wenn nicht sofort von Politik und Wirtschaft, Verwaltung und Verbänden, Bildungseinrichtungen und Arbeitsagenturen dagegen gesteuert wird, können 2015 etwa 273.000 Jobs in dieser Region nicht besetzt werden. Deshalb darf es sich u. a. Berlin nicht mehr leisten, dass 16,5 % der Jugendlichen aus MigrantInnenfamilien die Schule ohne Abschluss beenden oder viele danach keine Ausbildung machen. Auch der Frauenanteil in der Dualen Ausbildung zeige, dass es ein massives Nachhole-Problem gäbe. Wichtig sei, Frauen, die aus einer MigrantInnenfamilie kommen und in Deutschland sehr erfolgreich seien, als Vorbilder stärker in die Öffentlichkeit zu bringen.

Ein großes Hindernis sei die fehlende Anerkennung von Berufsabschlüssen von MigrantInnen (z.B. bei Ärztinnen). Die Bundesregierung hat ein 12-Punkteprogramm dazu erarbeitet und in Brandenburg gibt es ein erfolgreiches Pilotprojekt, um das Problem zu lösen. Allerdings haben auf diesem Gebiet die Länder keine eigenen Kompetenzen.

Im öffentlichen Dienst liegt der Frauenanteil bei 15%. Das Ziel liege bei 25%. Deutlich wurde durch einen Beitrag von Frau Bergdoll, dass auf dem grauen Arbeitsmarkt viele Menschen ohne Ausbildung und ohne anerkanntes Berufsbild arbeiten. Muttersprachenkenntnisse werden oft nicht als Kompetenz anerkannt. Dabei gäbe es einen hohen Bedarf an muttersprachlichen Dolmetscherinnen, Sozialarbeiterinnen, Psychotherapeutinnen...

Das Problem der nicht vorhandenen Fachkräfte werde im Alter durch Demenzerkrankungen verstärkt, weil Migrantinnen zuerst ihre Zweitsprachenkenntnisse verlieren und nur noch auf die Muttersprache reagieren.

Hervorgehoben wurde durch Frau Bluhm, dass ein anspruchsvolles **Integrationsgesetz** geplant sei. Bei der Gesetzesberatung sollen von Anfang an, MigrantInnenverbände beteiligt werden.

Auf Nachfrage erläuterte die Senatorin, dass zukünftig bei Projekten in der Sozialwirtschaft wirtschaftliche Effizienz und Transparenz bei gemeinnützigen Betrieben das Ziel sein müsse. 13 von 16 Bundesländern seien zu diesem Zeitpunkt zu einem gemeinsamen Vorgehen bereit. Die Bundesregierung wolle aber nur eine gemeinsame Empfehlung.

Carola von Braun, Sprecherin der Überparteilichen Fraueninitiative, dankte der Senatorin zum Abschluss für ihre interessanten Ausführungen und übergab die Dokumentation über den Kongress der Überparteilichen vom November 2009 zu "frauen sichten politik / west-ost / 1989-2009".

Im Verlauf des Abends wurde auch dem Mitglied des Vorstandes Christel Wietusch herzlich für die Vorbereitung dieser Veranstaltung gedankt.

Für die Zusammenfassung wurde das Redekonzept der Senatorin genutzt.

Elke Herer,
Moderatorin